

# Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der tägl. Illustrationsbeilage Leben, Wissen, Kunst samt Frauenwelt und Jugend einschließlich Postgebühren monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Nr. Jungferstraße 14, II. Tel. 3465.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Nr. Jungferstraße 14. Tel. 1769.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die halbpalmte Zeitspalt mit 30 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdener Volkszeitung.

Nr. 122.

Dresden, Freitag den 30. Mai 1913.

24. Jahrg.

## Der Generalstabschef als Spion.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Am Montag brachte die polizeifreie Lokalcorrespondenz die Nachricht, ein Generalstabschef, Generalstabsoberst des Proger Korps, habe sich in einem Wiener Hotel erköpft. Das in sehr verlegen unbestimmten Redaktionen bezogene Motiv der „nervösen Ueberreizung“ erreichte den ersten Verdacht. Noch am selben Tage aber teilte ein Blatt mit: Oberst Redl habe sich erschossen, nachdem er den Besuch zweier Offiziere empfangen. Der Reporter habe bei der Unterredung bereits auf dem Tische gelegen. Das entsprach der Gewohnheit, den schwereren Verbrechen überführten Offizieren die Frist zum Selbstmord zu gewähren. Diese Meldung wurde bald ergänzt. Der Oberst, hieß es, sei mit eigenem Auto aus Prag eingetroffen; zwei Offiziere hätten ihn empfangen und als einem in Espionage überführten Offizier ihm die Frist zum Selbstmord gestellt. Diese Meldung wurde nun amtlich bekräftigt. Aber schon am nächsten Tage wurden die aufstrebenden Umstände seines Leichenbegängnisses bekannt. Die Stunde der Leichenfeier sei geheim gehalten worden, keine offizielle Persönlichkeit, kein Offizier erschienen. Den einfachen, schwarz umhüllten Sarg trugen zwei Männer — darunter einer in Hemdbärmeln — in die Epitaphkapelle zur Einsegnung. Hiernach folgte dem Sarge als die nächstverwandten. In einem einfachen zweispännigen Wagen fuhr man den Sarg zum Friedhof.

Kun hat jeder Offizier — erst recht ein Oberst — seinen verhältnismäßigen Kondukt, dessen Trauerprunk und Transparenz mit dem Range wächst. Fehlte dieser Kondukt hier, so war damit außer Zweifel gestellt, daß der Offizier geschäftlich, geschäftlich um einer Tat willen, die als schweres Verbrechen gilt. Das Kriegsministerium mußte nach dieser Feststellung das Vergehen aufdecken. Ein amtlicher Bericht teilte mit, Redl habe homöopathischen Verfahr gebüßt und „reparierte“ wichtige Aktenstücke an eine ausländische Macht (an Rußland) verkauft. Wahrscheinlich ist das erste Vergehen nur Hinweisfunden, um den Fall in die Spionage in die Spähre des Anormalen zu rücken. Die Sache ist reichlich für unser Offizierskorps, das sich nie annahmlicher vorgegeben hat als in dieser Zeit der Balkankrisis, verzweifelt böse. Redl war einer der begabtesten Generalstabschefs. Früher Chef des Spionagebureaus, hat er im Gerichtslokal oft als Sachverständiger in Espionageprozessen von seiner Bildung und Sachkenntnis Beweise geliefert. In rasend raschem Dienstlauf war er zum Oberst aufgestiegen. Noch hatte er das vierzigste Jahr nicht vollendet. Er war des Kuffriegs zu einem hohen Kommando gewöhnt. Wenn es nun aber möglich ist, einen Menschen von solchen Qualitäten und Ausfichten zu fassen, einen Menschen überdies, dem seine Dienstverwendung alle Geheimnisse enthält — wissen wir, man da noch sicher sein? Und wie steht es um die Aufsicht im Heere? Jede Zeitungsnotiz, jede parlamentarische Rede über Mißstände im Heere ruft die peinlichsten Nachforschungen hervor. Redl, aus mittelbarer Familie, unbewußt, also auf sein Dienstvertrauen gestellt, konnte sich, ohne aufzuwachen, ein Privatauto halten. Seine Vorgesetzten merkten nichts. Glaubten sie etwa, das Geld regne ihm vom Himmel? Erst eine anonyme Zuschrift öffnete ihnen die Augen.

Soweit unser Wiener Korrespondent. Man ist versucht, über den menschlichen Ungehörlichkeiten dieses Falles Redl keine noch weit größere politische Bedeutung zu verweisen. Aber es ist keine Zeit, sich bei den Charaktereigenschaften eines Elenden aufzuhalten, wo es sich um die großen Interessen der Völker und der ganzen Menschheit handelt. Österreich ist Deutschlands Verbündeter, der österreichische Generalstab kennt die Pläne der deutschen Oberleitung aufs genaueste, und Redl war — direkt oder indirekt — nicht nur Stabsoberst, sondern auch französischer Spion. Man wolle sich nun einmal den Fall aus, daß es trotz des verzweifelten Widerstandes der Sozialdemokratie über den Balkanereignissen zu einem europäischen Kriege gekommen wäre. Alle Pläne der deutsch-österreichischen Koalition wären von vornherein in der Hand des Feindes gewesen, und wenn nicht außerordentliche Umstände den Verbündeten zu Hilfe kamen, war ihre Niederlage so gut wie gewiss. Zudem hat nur einen geahnt, durch den Verrat des Epitaphes feien dreihundert Jahre. Der österreichische Generalstabschef Redl war bereit, Hunderttausende deutscher und österreichischer Soldaten in die Falle zu locken, sie und die Sache, der sie dienten, der Vernichtung entgegenzuführen.

Der Fall Redl stellt nun freilich durch die phantastische Größe seines Verbrechens alles bisher Erlebte in den Schatten. Ein bezahlter Spion, der seit Jahrzehnten Jahren tausendmal das Suchthaus verlor, war nahe daran, die Vorlesung Europas zu spielen! In seiner, nicht in „Gottes“ Hand waren die Schicksale der Völker. Werden die Lobredner

des Krieges es auch jetzt noch wagen, die namenlose Schandlichkeit des Völkermordes mit heiligen Gewändern zu schmücken und ihren Willen zur Barbarei als Gottes Willen zu finden? Und wird es in Preußen noch einmal einen Parlamentspräsidenten geben, der einem Abgeordneten mit der Entziehung des Wortes droht, weil er nicht davon absieht, den Krieg einen Hohn auf Gott, auf das Christentum und die Menschlichkeit zu nennen? Oder wird man endlich begreifen, daß eine zivilisierte, eine „christliche“ Menschheit andere Mittel braucht, um ihre Streitigkeiten auszutragen, als die des mittelalterlichen Gottesgerichts! Wäre das Ende des Verfalls das Ende des Aberglaubens im Völkrecht, das Ende der Kriegeslegende bedeuten, die den Massenmord als den Ausfluß einer höheren Gerechtigkeit verherrlicht, dann wird sich auch der spanierende Generalstabschef als eine Kraft erweisen, die Böses wollte und doch wider Willen Gutes schuf. Ein einziger bezahlter Lump kann im Kriege zwei Völker verderben! Aber will noch den Krieg?

Wien, 29. Mai. Die Angehörigen des Obersten Redl, der unterstellt geblieben ist, sind der Verurteilung über sein Vergehen nahe. Von seinen drei Brüdern ist der eine Architekt, der zweite Oberleutnant und der dritte Ministerialrat. Oberst Redl war der liebste aller und vom glänzendsten. Einer seiner Brüder erhielt nach dem Tode Redls einen Rohrstrohkranz, worin ihm ein junger Leutnant um ein Kindeboud hat. Beim Zusammenreffen sagte der junge Offizier, hieß der Erregung: „Ich bin der Bruder Ihres Bruders.“ Er legte dann eine Perle ab, daß er und andere junge Leutnants in höchsten Beziehungen zu Redl gestanden und von diesem große Summen verlangt und erhalten hätten. Redl habe gänzlich unter dem Einfluß dieser seiner Anbeter gestanden und hätte dabei alle Willenskräfte verloren. Unter dem Druck der Verhältnisse mußte er wiederholt sein Ehrengewort brechen. Der junge Offizier glaubte, Redl habe aus diesen Gründen Selbstmord begangen, denn von der Entlastung des Landesverrats wußte er noch nichts. Bei Redls Leiche fand man einen an eine Angehörigen abgestellten Brief, der folgendermaßen lautete: „Leichtes Weibchen mit verdorbenem Verstand. Bist für mich, ich hüte mein Leben mit dem Tode.“ Es heißt, schon als junger Offizier habe er sich an den Renegatengeldern für die Offiziersdienste bezahlt. Die Affäre ist aber noch nicht mit dem Tode Redls abgeschlossen, denn die Untersuchung des beschlagnahmten Materials hat Anhaltspunkte zu weiteren Beobachtungen ergeben. Sicher ist jetzt, daß Redl schon seit Jahren dem großen russischen Spionagenetz angehört, der in der Regel von den Wiener russischen Militärattachés geleitet wird, und der seine Tätigkeit auch die Ursache war, daß der damalige russische Botschafter und auch sein Nachfolger Wien sehr plötzlich verlassen mußten.

## Eine Verständigung über den Wehrbeitrag.

Die Verhandlungen der Budgetkommission am Donnerstag über die Aufbringung des einmaligen Wehrbeitrages hatten die völlige Uebereinstimmung aller Parteien darüber ergeben, daß an Stelle der Grundlage im Regierungsentwurf, der von jeder Staffelung absieht, eine Staffelung der einzelnen Beiträge vom Vermögen, Einkommen usw. beschlossen werden sollte. Am Schluß der Sitzung hatte man im Einverständnis mit dem Schatzsekretär dahin beschlossen, noch während der Plenarsitzung eine Verständigungsbesprechung abzuhalten, an der neben dem Leiter des Reichsschatzamtis je ein Vertreter der fünf großen Parteien teilzunehmen sollte. Dieser Unterausschuß trat Donnerstag um 5 Uhr nachmittags im Reichstag zusammen. Etwas drei Stunden währten die Beratungen. Sie führten, wie der Berliner Lokalanzeiger berichtet, zu einer Verständigung unter den Vertretern der Parteien, einschließlich der sozialdemokratischen Fraktion, und zwar auf ungefähr folgenden Grundzüge:

Der Wehrbeitrag für Vermögen beginnt bei 30 000 M. mit 0,5 Proz. und steigt dann schrittweise bis 1,5 Proz. bei Vermögen über 10 Millionen (1 Proz. bei 1 Million). Vermögen von 30 000 bis 50 000 M. werden jedoch nur dann wehrbeitragspflichtig, wenn der Besitzer gleichzeitig ein Einkommen von 2000 M. und mehr hat.

Ueber die — zur Ergänzung des Wehrbeitrages aus reinem Vermögen geplante — Besteuerung der Einkommen wurde vereinbart, daß für diesen Zweck die Einkommen über 5000 M. in folgender Art als kapitalisiert betrachtet und dieses fingierte Vermögen dann — ähnlich wie das wirkliche Vermögen — in nachstehender Weise erfaßt werden soll:

Das Vermögen wird als zu 5 Prozent verzinst betrachtet und der diesem Zins entsprechende Teil vom Gesamteinkommen abgezogen. Der verbleibende Rest wird, sofern er 50 000 Mark nicht übersteigt, mit 10 multipliziert, von 50 000 bis 100 000 M. mit 12 $\frac{1}{2}$ , und über 100 000 M. mit 15 multipliziert, die so gewonnene Summe als Vermögen betrachtet und entsprechend besteuert. Bei Einkommen aus dem Beruf erfolgt kein Abzug, sondern es tritt die entsprechende Multiplikation sofort ein. Die Schätzung des Einkommens hat auf Grund der Landessteuererträge zu erfolgen. Werden die hier gemachten Vorschläge Gesetz, so wird das Vermögen durch den einmaligen Wehrbeitrag im Gegen-

In einer Aussprache zwischen dem Reichsschatzsekretär und den Vertretern der Parteien ist eine Verständigung über die Staffelung des Wehrbeitrages zustande gekommen.

In Breslau kam es nach einer Arbeitslosenversammlung zu Zusammenstößen mit der Polizei.

Der österreichische Generalstabschef Redl mußte sich erküpfen, weil er gutgezahlte Espionage gegen Österreich getrieben hatte.

Sir Edward Grey hat den Balkanbelegierten eröffnet, daß heute der Vorfrieden unterzeichnet werden müsse.

Das zum Regierungsentwurf progressiv erfaßt. Bei der Einkommenbesteuerung ist die Progression noch etwas stärker, wie bei der bloßen Vermögenssteuer, da größere Einkommen bei ihrer für die Zwecke der Besteuerung erfolgenden rechnungsmäßigen Kapitalisierung mit einer größeren Zahl multipliziert werden als kleinere. Ein nicht aus Vermögensbesitz stammendes Einkommen von 6000 M. würde nach den von der Konferenz gemachten Vorschlägen mit 10 multipliziert werden. Die Steuer würde nunmehr auf  $\frac{1}{2}$  Prozent der dabei herausgerechneten Summe von 60 000 M. festgelegt werden, also auf 300 M. 300 M. sind nun gleich 5 Proz. von 6000 M. Ist aber jemand ein Einkommen von 80 000 M., ohne daß er Vermögen besitzt, so wird sein Einkommen mit 12 $\frac{1}{2}$  Proz. multipliziert. Er hat also ein angenommenes Vermögen von einer Million zu verzeichnen. Von einer Million soll 1 Proz. erhoben werden. Der Mann hätte demnach 10 000 M. zu zahlen, das sind von seinem Einkommen von 80 000 M. 12 $\frac{1}{2}$  Proz. Noch höher beläuft sich sein Beitrag, wenn sein Einkommen ganz oder zum Teil aus Vermögen stammte, wenn er etwa ein Vermögen von einer Million besäße. Da würde bei Verneinung des Wehrbeitrages natürlich zunächst sein tatsächlich vorhandenes Vermögen berücksichtigt. Dann aber werden von seinem Einkommen 5 Proz. von einer Million, das sind 50 000 M., abgezogen, die übrigen 30 000 M. werden mit 10 multipliziert und die so auf diese Weise herausgerechneten 300 000 M. zu der Summe von einer Million zugezählt, so daß der Berechnung der Steuer im ganzen eine Summe von 1 300 000 M. zugrunde gelegt würde. In diesem Fall wären bei einem Steuertrag von 1 Proz. 13 000 M. zu zahlen, das sind von einem Einkommen von 80 000 M. 16 $\frac{1}{2}$  Proz. Aber sein Einkommen ganz oder zum Teil aus Vermögen besteht, hat also bei gleichen Einkommen einen größeren Prozentsatz seines Einkommens als Wehrbeitrag zu zahlen als der Vermögenslose, allerdings nur, wenn ihm sein Vermögen mehr als 5 Proz. bringt. Es könnte vorkommen, daß jemand, der über ein großes Vermögen und ein großes Einkommen verfügt, annehmend ein Zehntel seines Einkommens hergeben muß. Trotzdem wird man nicht behaupten können, daß unsere Bescheiden durch den Wehrbeitrag empfindlich getroffen werden. Wenn jemand mit einem Einkommen von 100 000 M. und entsprechendem Vermögen einmal 30 000 M. zahlen muß, so ist das für ihn eine Lappalie. Das Opfer, das ihm auferlegt wird, ist nicht entfernt mit den Opfern zu vergleichen, die das deutsche Volk für den Militarismus bringen muß. Die reichen Leute werden sicherlich trotz des Wehrbeitrages keine Not zu leiden brauchen. Dem deutschen Proletariat aber wird durch indirekte Steuern jahraus jahrein ein großer Teil seines kargen Einkommens abgepresst, das ohnehin nicht ausreicht, um ihm und den Seinigen eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen.

## Zwischen Krieg und Frieden.

Heute um Mittag sollen die Verbündeten endlich dem Drängen der Mächte gehorchen und den Friedensvertrag mit der Türkei unterzeichnen. Man wird ja sehen, ob sich Sir Grey mit seinem gegen die Verbündeten gerichteten Anschauung nicht etwas zu viel Macht zugetraut hat. Bulgarien ist seit einigen Wochen zum Frieden bereit, nur Griechenland und Serbien weigerten sich. Und das hatte seine Gründe. Griechenland und Serbien hoffen bei der Teilung der Beute um so besser wegzukommen, je länger der starke Bundesgenosse seine Hauptmacht an der Balkanhalbinsel konzentriert umh.

So wird die Balkansituation noch immer auf des Messers Schneide stehen, auch wenn heute offizieller Balkanfrieden geschlossen wird. Die Darlegungen des serbischen Ministerpräsidenten in der Schupschina haben in Bulgarien gehörig verunsichert, während man in Belgrad begeistert ist. Nach längerer Debatte wurde im serbischen Parlament eine Tagesordnung angenommen, wonach die Schupschina das Exposé des Ministerpräsidenten zur Kenntnis nimmt und die Erwartung ausspricht, daß der im vitalen Interesse des Staates angenommene Standpunkt unter keinen Umständen geopfert wird. Unser Genosse Sapcewitsch wandte sich gegen die erstgesehene Nationalistenhorde; er forderte namens der Partei Beschleunigung des Abschlusses des Friedens und die Anstrengung einer Konföderation der Balkanstaaten auf der gegenseitigen Verbrüderung.

Während so in Belgrad der Vertreter der gesunden Massen die Stimme der Vernunft gegen die Beutegier der Besiegten sprechen ließ, hat sich im Süden Majedaniens aber